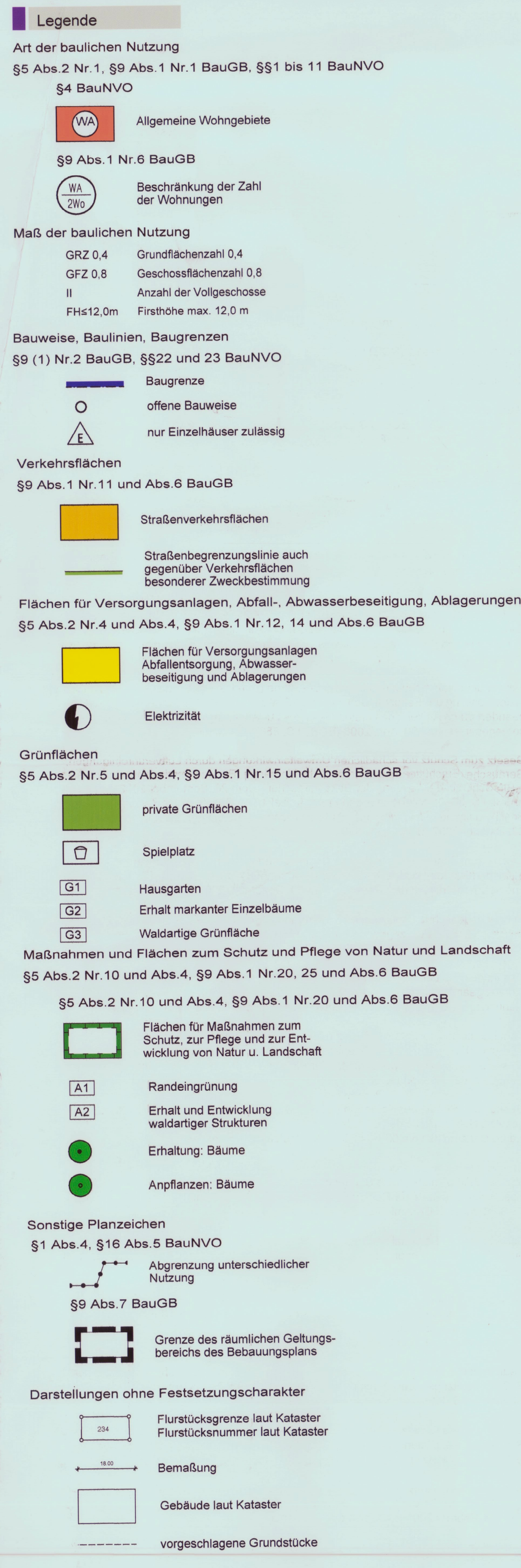


Kreisstadt Saarlouis

Bebauungsplan 'Ehemaliges Orannaheim'



- Textliche Festsetzungen**
- Teil A PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN GEMÄSS BAUGESETZBUCH**
- 1 ART DER BAULICHEN NUTZUNG**
(§9 Abs.1 Nr.1 BauGB)
- WA = Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO in Verbindung mit § 1 Abs. 5, 6 und 9 BauNVO**
- Zulässig sind:**
1. Wohngebäude,
 2. die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden sowie nicht störenden Handwerksbetriebe.
 3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.
- Ausnahmsweise können zugelassen werden:**
1. Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
 2. sonstige nicht störende Gewerbebetriebe
 3. Anlagen für Verwaltungen.
- 2 MASS DER BAULICHEN NUTZUNG**
(§9 Abs.1 Nr.1 BauGB i.V.m. §§ 16 bis 20 BauNVO)
- Das Maß der baulichen Nutzung wird gemäß Eintrag in die Nutzungsschablone (vgl. Planzeichnung) für die verschiedenen Teilbereiche des Bebauungsplans über die Grundflächenzahl (GRZ) gemäß § 19 Abs. 1 BauNVO, die Geschossflächenzahl (GFZ) gemäß § 20 Abs. 2 BauNVO, die Zahl der Vollgeschosse gemäß § 20 Abs. 1 BauNVO sowie die Höhe baulicher Anlagen gemäß § 18 BauNVO festgesetzt.
- 2.1 GRUNDFLÄCHENZAHL (GRZ)**
- Die Grundflächenzahl (GRZ) innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes wird auf 0,4 festgesetzt. Gemäß § 19 Abs. 4 BauGB ist eine Überschreitung der festgesetzten GRZ durch die Grundflächen von
- Garagen, Stellplätzen und ihren Zufahrten
 - Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO
- bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterturt wird
- um 50% (und somit bis zu einer maximalen Gesamtversiegelung von 0,6) zulässig.
- 2.2 GESCHOSSFLÄCHENZAHL (GFZ)**
- Die Geschossflächenzahl (GFZ) innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes wird auf 0,8 festgesetzt.
- 2.3 ZAHL DER VOLLGESCHOSSE**
- Die Zahl der Vollgeschosse wird im gesamten Planungsgebiet auf maximal 2 Vollgeschosse festgesetzt.
- 2.4 HÖHE BAULICHER ANLAGEN**
- Die Höhe der baulichen Anlagen wird gemäß § 18 BauNVO als Höchstgrenze festgesetzt.

- Firsthöhe**
- Maximal zulässige Firsthöhe 12,00 m
- Als Firsthöhe gilt der Abstand zwischen dem jeweiligen Bezugspunkt und dem höchsten Punkt der Dachhaut.
- Bezugspunkt (§18 Abs.1 BauNVO)**
- Bezugspunkt für die Bestimmung der Höhen baulicher Anlagen (Firsthöhe) ist die Höhenlage der nächstgelegenen anbaufähigen Erschließungsstraße, bezogen auf die Mitte der straßenseitigen Gebäudeaußenwand (Fassade), gemessen rechtwinklig zur Straßenecke in Fahrtrichtung.
- 3 BAUWEISE, ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFÄCHEN UND STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN**
(§ 9 Abs.1 Nr.2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO)
- 3.1 BAUWEISE**
- Die Bauweise wird als offene Bauweise gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO festgesetzt. Es sind nur Einzelhäuser zulässig.
- 3.2 ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFÄCHEN**
- Die überbaubaren Grundstücksflächen werden entsprechend der Planzeichnung durch Baugrenzen gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO bestimmt. Eine Überschreitung der Baugrenzen ist bis zu 0,5 m für Balkone, Vordächer, Wintergärten, Erker und Treppenhäuser zulässig.
- 4 FLÄCHEN FÜR STELLPLÄTZE UND GARAGEN**
(§ 9 Abs.1 Nr.4 BauGB i.V.m. § 12 Abs.6 BauNVO)
- Überdachte Stellplätze (Carports) und Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen und in den seitlichen Abstandsflächen gemäß Landesbauordnung zulässig.
- Garagen müssen einen Abstand von 5,00 m zu öffentlichen Verkehrsflächen einhalten.
- Nicht überdachte Stellplätze sind innerhalb der Grundstücksflächen bis zu einer Tiefe von 17 m, gemessen ab der Straßenbegrenzungslinie, zulässig.
- 5 ZAHL DER WOHNUNGEN**
(§ 9 Abs.1 Nr.5 BauGB)
- Auf den entsprechend gekennzeichneten Flächen sind je Wohngebäude maximal 2 Wohneinheiten zulässig.
- 6 VERKEHRSFLÄCHEN UND VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG**
(§ 9 Abs.1 Nr.11 BauGB)
- Die Verkehrsflächen sind gemäß Eintrag in die Planzeichnung festgesetzt.
- 7 VERSORGUNGSFLÄCHEN**
(§ 9 Abs.1 Nr.12 BauGB)
- Die entsprechend gekennzeichnete Fläche erhält die Zweckbestimmung Elektrizität.
- 8 PRIVATE GRÜNLÄCHEN**
(§ 9 Abs.1 Nr.15 BauGB)
- Die in der Planzeichnung gekennzeichneten Grünflächen G1, G2, G3 und Spielplätze werden als private Grünflächen festgesetzt und sind von jeglicher Bebauung freizuhalten.
- 8.1 GRÜNLÄCHE G1 - HAUSGARTEN**
- Im rückwärtigen Bereich der Wohnbauflächen für Einzelhausbebauung wird ein 5 m breiter Streifen als Grünfläche mit der Zweckbestimmung 'Hausgarten' festgesetzt. Bauliche Anlagen sind nicht zulässig.
- 8.2 GRÜNLÄCHEN G2 - ERHALT MARKANTER EINZELBÄUME**
- Die Kronenbreite von sechs gebietsprägenden Einzelbäumen wird als Grünfläche mit der Zweckbestimmung 'Erhalt markanter Einzelbäume' festgesetzt. Sie sind vor jeglicher Beeinträchtigung zu bewahren, auch während der Erziehung. Nicht zulässig sind:
- Abgrabbungen, Aufschüttungen, Befestigungen jeglicher Art, Ablagerung von Baustoffen und Bodenverdrichtung. Die Grünflächen sind gärtnerisch zu gestalten oder der Sukzession zu überlassen.
- 8.3 GRÜNLÄCHE G3 - WALDARTIGE GRÜNLÄCHE**
- Die in der Planzeichnung gekennzeichnete Grünfläche G3 im Südwesten des Plangebietes (Flur 6, Parzelle 539/59) ist in ihrem Charakter und in ihrer Eigenart als waldartige Fläche zu erhalten. Insbesondere ist der Baumbestand einschließlich des Gehölzunterwuchses zu erhalten und zu entwickeln. Eine im Rahmen der Verkehrssicherung erforderliche Pflege (Rückschnitt, Fällung) des Baumbestandes ist nur in einem unmittelbaren Randbereich von 30 m Breite und nur in Abstimmung mit der Kreisstadt Saarlouis gestattet. Ein niederrand von Sträuchern und niedrigen Bäumen zu entwickeln. Die Gehölze in diesem Bereich sollten eine Höhe von sechs bis acht Metern nicht überschreiten. Die inneren Bereiche des Waldes dürfen weder verändert werden noch bedürfen sie im Regelfall einer Pflege. Die Fläche ist von jeglicher Bebauung und von baulichen Anlagen freizuhalten. Zu den baulichen Anlagen gehören insbesondere auch Gartenhäuser, Spielgeräte, Mauern, Zäune und Oberflächenbefestigungen aller Art. Ebenso sind das Abstellen von Fahrzeugen sowie das Lagern von Baumaterialien oder sonstiger Stoffe untersagt.
- 8.4 GRÜNLÄCHE - SPIELPLATZ**
- Die als Spielplatz gekennzeichnete private Grünfläche ist mit einer Kombinationsspielanlage für Kinder der Altersstufe 4 bis 12 Jahre auszustatten. Diese soll öffentlich zugänglich sein.
- Die Krone der Blühbüche mit einem Stammumfang von 410 cm darf weder bei der Montage noch beim Betrieb des Spielplatzes geschädigt werden. Der übrige Bereich der Grünfläche ist vor jeglicher Beeinträchtigung zu bewahren, auch während der Erziehung. Nicht zulässig sind: Abgrabbungen, Aufschüttungen, Befestigungen jeglicher Art, Ablagerung von Baustoffen und Bodenverdrichtung. Die Anlage eines Sandkastens ist ebenfalls nicht zulässig. Die Grünfläche ist gärtnerisch zu gestalten oder der Sukzession zu überlassen.
- 9 FLÄCHEN ODER MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT**
(§ 4 Abs.1 Nr.20 BauGB)
- Die durch das entsprechende Planzeichen gekennzeichneten Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind Ausgleichsflächen für die Eingriffe, die durch die Wohngebietsflächen, die Flächen für Versorgungsanlagen und die Verkehrsflächen entstehen. Die Ausgleichsflächen A1 und A2 sind den Eingriffen insgesamt zugeordnet.
- 9.1 AUSGLEICHSFLÄCHE A1 - RANDEINGRÜNUNG**
- Die in der Planzeichnung als A1 gekennzeichnete Ausgleichsfläche schließt im rückwärtigen Bereich der Wohnbauflächen für Einzelhausbebauung die Grünfläche G1 an. Zusätzlich zur Festsetzung der Einzelbaumplanung nach Planzeichnung ist mit einem Abstand von 1 m zur Grundstücksgrenze eine zweireihige Hecke, Abstand der Reihen 1,0 m, aus heimischen Sträuchern (ab 3-4 Tr., 60-100, Pflanzabstand in der Reihe maximal 1,0 m) zu bepflanzen. Es sind Gehölze der Gehölzliste 2 zu verwenden. Die Gehölzpflanzen sind dauerhaft zu erhalten. Die nicht durch Gehölze beplanten Flächen sind gärtnerisch zu gestalten, extensiv zu pflegen oder der Sukzession zu überlassen.
- 9.2 AUSGLEICHSFLÄCHE A2 - ERHALT UND ENTWICKLUNG WALDARTIGER STRUKTUREN**
- Die in der Planzeichnung als A2 gekennzeichnete Ausgleichsflächen, zwei Teilflächen entlang der Wallerfanger Straße im Nordosten des Plangebietes, sind in ihrem Charakter und in ihrer Eigenart als waldartige Fläche zu erhalten. Insbesondere ist der Baumbestand einschließlich des Gehölzunterwuchses zu erhalten und zu entwickeln. Eine im Rahmen der Verkehrssicherung erforderliche Pflege (Rückschnitt, Fällung) des Baumbestandes ist nur in Abstimmung mit der Kreisstadt Saarlouis und auf der Grundlage der städtischen Baumschutzsatzung gestattet.
- Zur Ergänzung und zur Schließung von Lücken im vorhandenen Baumbestand sind mindestens 10 heimische, hochstämmige Laubbäume der Gehölzliste 1 zu pflanzen. Es sind dreimal verpflanzte Hochstämmige, Stammumfang mindestens 14 cm bis 16 cm, zu verwenden. Die Gehölzpflanzen sind zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.
- Die Versickerung von nicht schädlich verunreinigtem Niederschlagswasser über den belebten Oberboden ist ausdrücklich erlaubt, sofern daraus eine Schädigung des Bodens oder andere negative Auswirkungen nicht zu befürchten sind.

- 10 ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN**
(§§ 9 Abs.1 Nr.25a und Abs.1a BauGB)
- Die durch das entsprechende Planzeichen gekennzeichneten Bäume sind unter Erhaltung eines Grenzabstandes von 4,0 m zum jeweiligen Nachbar mit Arten der Gehölzliste 1 zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Als Pflanzqualität sind dreimal verpflanzte Hochstämmige mit einem Stammumfang von mindestens 14 cm bis 16 cm zu verwenden. Eine im Rahmen der Verkehrssicherung erforderliche Pflege (Rückschnitt, Fällung) von Bäumen ist nur in Abstimmung mit der Kreisstadt Saarlouis und auf der Grundlage der städtischen Baumschutzsatzung gestattet.
- Die Neupflanzung von Bäumen dient der Kompensation der Eingriffe in Natur und Landschaft, die durch die Wohngebietsflächen, die Flächen für Versorgungsanlagen und die Verkehrsflächen entstehen. Diese Ausgleichsmaßnahmen sind den Eingriffen insgesamt zugeordnet.
- Der Begründung zum Bebauungsplan ist der Plan Nr. 1.02 'Erhaltung und Neupflanzung von Einzelbäumen', Maßstab 1:500, beigefügt, in dem die neu zu pflanzenden Hochstämmige dargestellt sind.
- 11 BINDUNGEN FÜR DIE BEPFLANZUNG UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN**
(§ 9 Abs.1 Nr.25b BauGB)
- Die durch das entsprechende Planzeichen gekennzeichneten Bäume sind dauerhaft zu erhalten. Eine im Rahmen der Verkehrssicherung erforderliche Pflege (Rückschnitt, Fällung) von Bäumen ist nur in Abstimmung mit der Kreisstadt Saarlouis und auf der Grundlage der städtischen Baumschutzsatzung gestattet.
- Die Erhaltung von Bäumen dient der Minderung der Eingriffe in Natur und Landschaft und ist in der Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich berücksichtigt.
- In der Begründung zum Bebauungsplan ist eine Liste der zu erhaltenden Einzelbäume mit Angabe des Stammumfangs (in cm) enthalten. Sie sind außerdem im beigefügten Plan Nr. 1.02 'Erhaltung und Neupflanzung von Einzelbäumen', Maßstab 1:500, dargestellt.
- 12 EXTERNE KOMPENSATIONSMAßNAHMEN**
(§ 9 Abs.1a Satz 2 BauGB)
- Den im Geltungsbereich dieses Bebauungsplans festgesetzten Wohnbauflächen, Flächen für Versorgungsanlagen und Verkehrsflächen werden als externe Ausgleichsmaßnahmen die Anpflanzung von 45 Hochstämmigen auf den nachfolgend genannten städtischen Flächen in der Gemarkung Baumars als zugeordnet:
- Flur 1, Flurstücke 30, 99, 94, 91, 44, 61 und
- Flur 4, Flurstücke 43, 42, 41, 40, 39
- Zur Baum wird eine Fläche von ca. 50 m² aus der landwirtschaftlichen Nutzung durch Ausäumung oder Markierung mittels Pfählen herausgenommen und nur noch extensiv durch ein- bis zweimalige Mahd pro Jahr gepflegt. Als Hochstämmige werden Arten nach der Gehölzliste 1 gepflanzt und dauerhaft erhalten. Als Pflanzqualität sind dreimal verpflanzte Hochstämmige mit einem Stammumfang von mindestens 12 cm bis 14 cm zu verwenden.
- 13 ZUM SCHUTZ VOR SCHÄDLICHEN UMWELTEINWIRKUNGEN IM SINNE DES BUNDES-IMMISSIONSCHUTZGESETZES ODER ZUR VERMEIDUNG ODER MINDERUNG SOLCHER EINWIRKUNGEN ZU TREFFENDE BAULICHE UND SONSTIGE TECHNISCHE VORSEHRUNGEN**
(§ 9 Abs.1 Nr.24 BauGB)
- Für Außenbauteile (wie z.B. Außenwände, Dachflächen, Fenster, Rolllädenkästen etc.) von Aufenthaltsräumen im Sinne der DIN 4109, Schallschutz im Hochbau, Anforderungen und Nachweise' vom November 1989 Kapitel 5, sind die Anforderungen an die Luftschalldämmung von Außenbauteilen für den Lärmpegelbereich III nach den Tabellen 8 und 9 der DIN 4109 vom November 1989 einzuhalten.
- Zum Schutz vor Außenlärm muss mindestens ein Aufenthaltsraum im Sinne der DIN 4109 von Wohnungen, bei Wohnungen mit mehr als zwei Aufenthaltsräumen müssen mindestens zwei Aufenthaltsräume im Sinne der DIN 4109 mit den notwendigen Fenstern zu der von der Wallerfanger Straße abgewandten Gebäudeseite entstehen sein.
- Bei Wohnungen mit einem Abstand von weniger als 65 m zur Fahrbahnseite der Wallerfanger Straße sind für zum Schlafen dienende Räume, die nicht über mindestens ein Fenster zur Wallerfanger Straße abgewandten Gebäudeseite verfügen, schalldämmende Lüftungseinrichtungen zu verwenden, welche die Anforderungen an die Luftschalldämmung von Außenbauteilen für den Lärmpegelbereich III nach den Tabellen 8 und 9 der DIN 4109, Schallschutz im Hochbau, Anforderungen und Nachweise' vom November 1989 einhalten.
- Von der Wallerfanger Straße abgewandt sind solche Außenwände, bei denen der Winkel zwischen Straßenecke und Außenwand mehr als 100 Grad beträgt.

- Teil B ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN GEMÄSS § 93 LANDESBAUORDNUNG SAARLAND**
- 1 SACHLICHER GELTUNGSBEREICH**
- Die Vorschriften sind anzuwenden bei Neubauten, Umbauten, Erweiterungen und Instandsetzungsarbeiten für bauliche Anlagen, Einfriedungen, Kitz-Stellplätze und Grundstücksflächen.
- Den Vorschriften unterliegen neben den baugenehmigungspflichtigen Vorhaben nach § 64 LBO auch sämtliche genehmigungsfreie Vorhaben nach § 65 LBO.
- 2 DÄCHER**
- Für die Dächer der Hauptgebäude sind nur geneigte Dächer mit einer Mindestdachneigung von 20° zulässig. Für Nebengebäude, Garagen und untergeordnete Gebäudeteile sind auch flache geneigte Dächer bzw. Flachdächer zulässig.
- Für die Dachneigung sind rote (naturrote bis rotbraune) bis anthrazitfarbene Farbtöne zu verwenden. Metallendungen sind auch in den jeweils materialtypischen Farben zulässig.
- 3 WASSERDURCHLÄSSIGE BODENBELÄGE**
- Zur Befestigung von PKW-Stellplätzen sind wasserdurchlässige Bodenbeläge zu verwenden, deren durchschnittlicher K-Wert mindestens 2 * 10-5 beträgt (ATV Regelwerk, Arbeitsblatt A 138).
- 4 STELLPLATZBEGRÜNUNG**
- Stellplatzanlagen sind je acht Stellplätze mit mindestens einem hochstämmigen Laubbau zu begrünen. Die für die Bepflanzung besonders geeigneten Baumarten können der Liste der hochstämmigen Laubbäume (Gehölzliste 1) entnommen werden.
- 5 GESTALTUNG DER NICHT ÜBERBAUTEN GRUNDSTÜCKSFÄCHEN**
- Die nicht bebauten Flächen und die nicht für Nebenanlagen gemäß § 19 BauNVO genutzten Flächen der bebauten Grundstücke sind zu bepflanzen und gärtnerisch zu unterhalten. Dabei sollen vorzugsweise einheimische, standortgerechte Bäume und Gehölze verwendet werden.
- Die für die Bepflanzung besonders geeigneten Gehölze können den Gehölzlisten entnommen werden.
- 6 ANLAGEN ZUM SAMMELN, VERWENDEN ODER VERBIELEN VON NIEDERSCHLAGSWASSER**
- Pro Grundstück ist eine Zisterne in einer Auslegung des Fassungsvermögens von mindestens 5 m³ zu errichten.
- TEIL C HINWEISE UND EMPFEHLUNGEN**
- Die Vorschriften des Saarländischen Denkmalschutzgesetzes, insbesondere die Hinweispflicht bei Bodenfundstücken, sind zu beachten und einzuhalten.
 - Dränwasser dürfen nicht in die Schutzwasserkanalisation eingeleitet werden. Hausdrainagen dürfen nicht im Grundwasser bzw. im Bereich von Hangquellen liegen. Bei anstehenden Grund- bzw. Hangwasser wird die Ausbildung der Keller als 'weiße Wanne' empfohlen.
 - Für den Straßenbau muss aufgrund der geringen Tragfähigkeit im Erdplanum mit Zusatzmaßnahmen (Boden austausch / Bodenverbesserung) gerechnet werden.
 - Die Vegetation angrenzender Flächen soll während der Baumaßnahmen vor Beschädigungen geschützt werden. Dabei sind die in der DIN 18200 formulierten Sicherheitsvorkehrungen zu beachten.
 - Es sind Vorkehrungen zum Schutz vor chemischen Verunreinigungen während der Bauphase zu treffen. Dazu gehören z. B. das Vorhalten von Entsorgungseinrichtungen auf der Baustelle, der sachgerechte Umgang mit Treib- und Schmierstoffen, Farben, Lötlösungen etc. sowie die ständige Kontrolle von Baumaschinen und Fahrzeugen.
 - Der bei den zu erwartenden Baumaßnahmen anfallende Oberboden ist abzuschieben, fachgerecht zu verlagern und bei der Gestaltung der Grünflächen wieder zu verwenden. Während der Bauaufarbeitung soll nach DIN 18915 vorgegangen werden.
 - Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes können Munitionsfahrten nicht ausgeschlossen werden. Eine vorsorgliche Überprüfung durch den Kampfmittelräumdienst wird empfohlen. Die Anforderung des Kampfmittelräumdienstes sollte frühzeitig vor Beginn der Erdarbeiten erfolgen.
 - Bei Erd- und Baubearbeiten ist darauf zu achten, dass vorhandene Ver- und Entsorgungsanlagen nicht beeinträchtigt werden. Eine rechtzeitige Abstimmung mit den Versorgungsträgern und Einweisung der am Bau beteiligten Firmen wird empfohlen.
 - Die Kriterien des barrierefreien Bauens lt. saarländisches Landesbaugesetz und der DIN 18024-1, 18024-2, 18025-1 und 18025-2 werden empfohlen.
 - In Teilen des Plangebietes (vor allem Parkfläche) ist mit Stölen aus dem 2. Weltkrieg zu rechnen.
 - Die Vorschriften der Hausabfallentsorgungssatzung des EVS - hier die §§ 5 und 12 (Amtsblatt des Saarlandes vom 23.12.2000, S. 2221) sind zu beachten.
 - Im Plangebiet befinden sich Fernwärmeversorgungsleitungen der Evonik New Energies GmbH. Das Merkblatt zum Schutz unterirdisch verlegter Fernheizleitungen ist zu beachten. Baubearbeiten sind der Evonik New Energies GmbH, Zentrale Planungskonferenzstelle, spätestens acht Arbeitstage vor Arbeitsbeginn schriftlich anzukündigen.

- TEIL D GEHÖLZLISTEN**
- Gehölzliste 1: Einheimische, orts- und landschaftstypische hochstämmige Laubbäume**
- | Deutscher Name | Botanischer Name |
|-----------------------|------------------------|
| Feldahorn | Acer campestre |
| Spitzahorn | Acer platanoides |
| Bergahorn | Acer pseudoplatanus |
| Rölkastanie | Aesculus hippocastanum |
| Belula pendula | Betula pendula |
| Heidebeule | Carpinus betulus |
| Baumhasel | Corylus collina |
| Fraxinus excelsior | Fraxinus excelsior |
| Juglans regia | Juglans regia |
| Pistacia x acerifolia | Pistacia x acerifolia |
| Populus tremula | Populus tremula |
| Prunus avium | Prunus avium |
| Quercus petraea | Quercus petraea |
| Stieleiche | Quercus robur |
| Tilia cordata | Tilia cordata |
| Sommerlinde | Tilia platyphyllos |
- Gehölzliste 2: Einheimische, orts- und landschaftstypische Sträucher**
- | Deutscher Name | Botanischer Name |
|---------------------------|---------------------|
| Roter Harnnegel | Cornus sanguinea |
| Waldspindel | Corylus avellana |
| Eingriffeliger Weißdorn | Crataegus monogyna |
| Zweiggriffeliger Weißdorn | Crataegus laevigata |
| Faulbaum | Fraxinus alnus |
| Ligustrum vulgare | Ligustrum vulgare |
| Gewöhnliche Heckenkirsche | Lonicera xylosteum |
| Schlehe | Prunus spinosa |
| Feldrose | Rosa arvensis |
| Hundrose | Rosa canina |
| Salweide | Salix caprea |
| Schwarzer Holunder | Sambucus nigra |
| Mehlbeere | Sorbus aria |
| Welliger Schneeball | Viburnum lantana |
| Gemeiner Schneeball | Viburnum opulus |

- Die genannten Gehölzarten stellen eine fachliche Empfehlung dar. Neben den genannten Arten sind für gärtnerisch gestaltete Grünflächen eine Vielzahl von Gehölzen, auch nicht heimische Ziergehölze, geeignet. Aus ökologischen Gründen sollte jedoch vorzugsweise auf einheimische, standortgerechte Gehölze zurückgegriffen werden, da die heimische Fauna auf diese Arten als Nahrungsquelle oder Lebensraum angewiesen ist.

Satzung

- Verfahrensvermerke**
- 1. Aufstellungsbeschluss**
- Der Stadtrat der Kreisstadt Saarlouis hat in seiner Sitzung am 29.03.2007 die Aufstellung des Bebauungsplanes 'Ehemaliges Orannaheim' gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Der Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans 'Ehemaliges Orannaheim' ist am 05.03.2008 durch Veröffentlichung im 'Wochenpiegel Saarlouis' Nr. 10 ortsüblich bekannt gemacht worden.
- 2. Frühzeitige Bürgerbeteiligung und Beteiligung der Behörden**
- Der Stadtrat der Kreisstadt Saarlouis hat in seiner Sitzung am 12.02.2008 die frühzeitige Beteiligung der Bürger beschlossen und durch Veröffentlichung im 'Wochenpiegel Saarlouis' Nr. 10 am 05.03.2008 ortsüblich bekannt gemacht. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung ist in Form einer öffentlichen Auslegung vom 17.03.2008 bis einschließlich 18.04.2008 durchgeführt worden.
- Die Behörden sowie die Nachbargemeinden sind mit Schreiben vom 04.03.2008 frühzeitig benachrichtigt und um die Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.
- Der Stadtrat der Kreisstadt Saarlouis hat in seiner öffentlichen Sitzung am 20.06.2008 die abgegebenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange geprüft. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mitgeteilt.
- 3. Öffentliche Auslegung**
- Der Entwurf des Bebauungsplanes 'Ehemaliges Orannaheim' (Planzeichnung und Begründung) ist vom Stadtrat der Kreisstadt Saarlouis in der Sitzung vom 20.06.2008 gebilligt und die Durchführung der Öffentliche beschlossen worden.
- Der Entwurf des Bebauungsplanes 'Ehemaliges Orannaheim' (Planzeichnung und Begründung) wurde gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats, und zwar in der Zeit vom 10.07.2008 bis einschließlich 11.08.2008 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt. Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte im Saarlouiser Wochenpiegel am 02.07.2008 mit den Angaben bezüglich Ort und Dauer der Auslegung sowie dem Hinweis, dass Stellungnahmen vorgebracht werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben sowie ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgesetzordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.
- 4. Beteiligung der Behörden**
- Die betroffenen Behörden sowie die Nachbargemeinden wurden gem. § 4 BauGB mit Schreiben vom 26.06.2008 beteiligt und hatten bis zum 11.08.2008 Gelegenheit zur Stellungnahme.
- 5. Satzungsbeschluss**
- Die fristgemäß vorgebrachten Stellungnahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Stadtrat der Kreisstadt Saarlouis in seiner Sitzung am 26.06.2008 geprüft. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mitgeteilt.
- Nach Abwägung der vorgebrachten Stellungnahmen hat der Stadtrat der Kreisstadt Saarlouis in seiner Sitzung am 26.06.2008 den Bebauungsplan 'Ehemaliges Orannaheim' (Planzeichnung, Begründung) gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
- 6. Ausfertigung**
- Durch die Unterschrift wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplanes mit dem Bebauungsplan des Satzungsbeschlusses vom 26.06.2008 übereinstimmt.

